

I. Bericht der Finanzkommission

1. Richtlinien des Regierungsrates

Mit RRB 447/2005 vom 23. März 2005, Richtlinien zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2006-2009 und Voranschlag 2006, hat der Regierungsrat vorgegeben, wie die Stellen zu budgetieren haben. Dazu nimmt er wirtschaftliche Rahmenbedingungen an und trifft eine Reihe von Festlegungen. Unter anderem erhalten alle Leistungsgruppen die Vorgabe, in den Jahren 2006-2008 gegenüber dem KEF Vorjahr keine Verschlechterungen des Saldos der Laufenden Rechnung vorzusehen. Sollten Verschlechterungen unumgänglich sein, seien sie zu begründen. Zwar anerkennt die Finanzkommission, dass schon das Vermeiden einer Verschlechterung gegenüber dem KEF Vorjahr Anstrengungen erfordern kann. Sie vermisst aber im RRB einen Motivationsanstoss, um Verbesserungen anzustreben.

Mit der Umsetzung dieses Regierungsratsbeschlusses ist eigentlich die Laufende Rechnung des Voranschlages weitgehend vorgegeben.

Im RRB 1664 vom 3. November 2004, Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006, formulierte der Regierungsrat Entlastungsmassnahmen in der Höhe von 1'445 Mio. Franken für die Jahre 2006 bis 2008. Gemäss Bericht des Regierungsrates über den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung (Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006, RRB 1385/2005) vom 27. September 2005 wird die Umsetzung der Entlastungsvorgaben um ein Jahr erstreckt.

Jahr	2006	2007	2008	2009	Total
RRB 1664/2004	425	455	565		1'445
RRB 1385/2005	258	321	399	465	1'443

(Angaben in Mio. Franken)

2. Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2006-2009 (KEF 2006)

Zentral sind die Aussagen im KEF über den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung im Zeitraum 2002 bis 2009 und die Entwicklung von Fremdkapital, Finanzvermögen und Verschuldung. Der KEF weist nach, dass der gemäss § 4 des Finanzhaushaltsgesetzes geforderte mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung erreicht wird. Ertragsseitig tragen dazu der Kantonsanteil von 1'597 Mio. Franken aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes und die Erhöhung des Steuerfusses von 100 auf 105% ab 2006 bei. Aufwandseitig tragen dazu das Sanierungsprogramm 04 (San04) und der Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 (MH06) bei.

Sowohl eine Ablehnung der Steuerfusserhöhung als auch eine nicht vollständige Umsetzung von San04 und MH06 würden die Regierung zwingen, weitere Massnahmen zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs der Laufenden Rechnung zu ergreifen.

3. Runder Tisch

Im Frühjahr 2005 beschloss der Regierungsrat, die Kantonsratsfraktionen zu einer Gesprächsrunde – dem runden Tisch – einzuladen, weil mit dem Budget 2006, dem MH06, der Festlegung des Steuerfusses 2006/2007, der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Verwendung der Goldreserven der Nationalbank einige wichtige finanzpolitische Entscheidungen bevorstehen und er verhindern wollte, dass der Kantonsrat im Dezember das Budget einmal mehr ablehnt.

Bestandteile der Diskussion am runden Tisch waren Personalmassnahmen, Einzelmassnahmen sowie die Höhe des Steuerfusses.

Auch wenn die Finanzkommission das Anliegen des Regierungsrates versteht, einen mehrheitsfähigen Voranschlagsentwurf vorzulegen, sind Bedenken vorhanden, dass Gespräche am runden Tisch die Zuständigkeiten von Exekutive und Legislative aufweichen und die Gewaltentrennung geritzt wird.

4. Voranschlagsentwurf vom 27. September 2005

Am 29. September 2005 präsentierte der Finanzdirektor der Finanzkommission im Beisein von Vertretungen der Sachkommissionen und der Justizkommission den Entwurf zum Voranschlag 2006 sowie den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2006 bis 2009 (KEF 2006).

In der Laufenden Rechnung sieht der Voranschlagsentwurf bei einem Aufwandtotal von 10'577 Mio. Franken und einem Ertragstotal von 10'396 Mio. Franken (ohne Interne Verrechnungen) einen Aufwandüberschuss von 181 Mio. Franken vor. Er liegt damit rund 300 Mio. Franken unter dem Aufwandüberschuss im Voranschlag 2005 (ohne Erlös aus den Goldreserven der Nationalbank). Diese Verbesserung ist das Ergebnis der Sanierungsmassnahmen, dank derer der Aufwand praktisch auf dem Niveau von 2005 bleibt (plus 16 Mio. Franken). Gegenüber der Rechnung 2004 steigt der Aufwand um 256 Mio. Franken. Der Ertrag erhöht sich unter anderem auf Grund der geplanten Steuererhöhung auf 105% gegenüber dem Voranschlag 2005 um 320 Mio. Franken und gegenüber der Rechnung 2004 um 488 Mio. Franken.

In der Investitionsrechnung sind Ausgaben von 1'485 Mio. Franken und Einnahmen von 460 Mio. Franken vorgesehen, womit sich Nettoinvestitionen von 1'025 Mio. Franken ergeben. Das sind 114 Mio. Franken mehr als im Voranschlag 2005 und 372 Mio. Franken mehr als in der Rechnung 2004.

5. Nachträge (Novemberbrief)

Insgesamt verschlechtern die Nachträge die Laufende Rechnung um 2'136'000 Franken und die Investitionsrechnung um 410'000 Franken. Bedeutende Veränderung in der Laufenden Rechnung wurden durch die folgenden Einflüsse verursacht:

Wegen der Weigerung des Zuger Kantonsrates, dem interkantonalen Kulturlastenausgleich (Luzern, Schwyz, Zug, Zürich) zuzustimmen, benötigt die Fachstelle Kultur 3 Mio. Franken mehr, um das kulturelle Angebot aufrechtzuerhalten.

Mit der Einführung von Flächenstandards und dem Umzug von 875 Arbeitsplätzen sollen ab 2008 jährliche Einsparungen von 4,5 Mio. Franken erzielt werden. Zuerst fallen aber Umzugs- und Leerstandskosten von 1,95 Mio. Franken an, welche im Voranschlag noch nicht enthalten waren.

Die im Voranschlag eingestellte unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln an Schülerinnen und Schüler des Langgymnasiums im 7. und 8. Schuljahr kann im Jahr 2006 doch noch nicht eingeführt werden und bewirkt darum einen Minderaufwand von 2,7 Mio. Franken.

6. Sanierungsprogramm 04 und Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 (Bericht des Regierungsrates über den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung)

Die Massnahmen des Sanierungsprogramms 04 und des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06 sind im Voranschlag 2006 und im KEF 2006 bis 2009 enthalten. Die Finanzkommission begleitet den Vollzug der Sanierungsprogramme und lässt sich regelmässig darüber informieren. Mit dem KEF hat der Regierungsrat ein strategisches Planungsinstrument. Die Finanzkommission verlangt, dass Sanierungsprogramme immer so schnell wie möglich in den KEF übernommen werden.

Der MH06 umfasst aufwandseitig Querschnittsmassnahmen im Personalbereich sowie 119 Einzelmassnahmen. Von diesen liegen drei in der Entscheidungskompetenz des Kantonsrates, eine in der Entscheidungskompetenz des Bildungsrates und 115 in der Entscheidungskompetenz des Regierungsrates. Einnahmeseitig sieht der MH06 die Erhöhung des Steuerfusses von den im San04 beantragten 103% auf 105% vor.

7. Steuern und Steuerfuss

Der Voranschlag 2005 rechnet insgesamt mit Steuererträgen von 5'311 Mio. Franken. Wie in der Zwischenberichterstattung II zum Haushaltsvollzug 2005 dargelegt wird, zeichnet sich aber im laufenden Jahr ein Minderertrag von 206 Mio. Franken ab. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung des Steuerfusses und der erzielten bzw. geplanten Steuererträge (Bruttosteuererträge in der Leistungsgruppe 4910).

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Rechnung	4'905	5'378	5'877	5'027	4'954					
Voranschlag	4'524	4'997	5'539	5'223	5'565	5'311 ¹				
Steuerfuss	105%	105%	105%	100%	100%	100%				
KEF 2005						5'235	5'746	6'047	6'590	
Steuerfuss						100%	103%	103%	103%	
KEF 2006							5'572	6'028	6'444	6'096
Steuerfuss							105%	105%	105%	105%

(Angaben in Mio. Franken)

¹ Geschätzte Steuereinnahmen auf Grund des definitiven Voranschlags 2005. Im Entwurf zum Voranschlag 2005 vom 8. September 2004 wird entsprechend dem KEF 2005 ein Steuerertrag von 5'235 Mio. Franken ausgewiesen.

8. Eckwerte des Staatshaushaltes; Nationalbankgold; Ausblick

Das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushalts für die acht Jahre von 2002 bis 2009 wird mit der vorliegenden Planung erreicht; es wird über diesen Zeitraum sogar ein Ertragsüberschuss von 241 Mio. Franken ausgewiesen, allerdings unter Berücksichtigung des im Jahr 2005 angefallenen ausserordentlichen Ertrages von 1'597 Mio. Franken aus dem Golderlös der Nationalbank.

Das Eigenkapital erhöhte sich seit dem Tiefstand 1997 von 400 Mio. Franken bis Ende 2002 auf 1'700 Mio. Franken. Dank dem Geld aus den Goldverkäufen der Nationalbank wird dieses Niveau Ende 2005 trotz der hohen Aufwandüberschüsse 2003 und 2004 wieder erreicht und kann für den Rest der Planungsperiode etwa auf diesem Stand gehalten werden. Ohne den Golderlös würde der Kanton Zürich ab Ende 2006 fast ohne Eigenkapital dastehen!

Die Verschuldung, die 1997 mit 7,5 Mrd. Franken den Höchststand erreichte, betrug Ende 2004 noch rund 5,6 Mrd. Franken und kann im Jahr 2005 auf 4,8 Mrd. Franken abgebaut werden. Bis

2009 ist ein Anwachsen um rund 44% auf 6,9 Mrd. Franken geplant. Grund dafür ist das vor allem von den Grossprojekten Stadtbahn Glattal, Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, dritte Teilergänzung S-Bahn, Polizei- und Justizzentrum bestimmte, ausserordentlich hohe Investitionsvolumen. Während in der Dekade 1995 bis 2004 jährliche Nettoinvestitionen von zwischen 163 und 761 Mio. Franken getätigt wurden, sind in der Planung für 2006 bis 2009 jährliche Nettoinvestitionen von 1'025, 1'170, 1'211 und 1'164 Mio. Franken vorgesehen, mit den entsprechenden Folgekosten. Die Regierung ist daran, die Investitionsplanung zu überarbeiten, und wird das Ergebnis im KEF 2007 berücksichtigen.

Auf das Jahr 2008 wird die Inkraftsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs des Bundes (NFA) erwartet, die den Kanton zusätzlich zwischen 150 bis 200 Mio. Franken belasten wird.

9. Würdigung und Antrag

Ein Voranschlag mit einem Aufwandüberschuss von 402 Mio. Franken (im Vorjahr 485 Mio. Franken), mag dieser auch noch so gut begründet sein, vermag keine Freude auszulösen. Die Veränderung des Aufwandüberschusses von 183 Mio. Franken im Antrag des Regierungsrates zu 402 Mio. Franken im vorliegenden Antrag ist im Wesentlichen durch den Antrag der Finanzkommission verursacht, den Steuerfuss für die Jahre 2006 und 2007 auf 100% (Antrag Regierungsrat: 105%) zu belassen.

Eine Mehrheit der Finanzkommission stimmt dem so veränderten Voranschlag zu. Sie ist sich bewusst, dass sie damit den Regierungsrat zwingt, seine Finanzplanung entsprechend anzupassen. Dass das aufwandseitig und nicht über eine Erhöhung des Steuerfusses geschehen soll, begründet sie mit dem Wortlaut von § 6 des Finanzhaushaltsgesetzes. Dieser verpflichtet den Regierungsrat, in diesem Fall Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben vorzuschlagen.

Eine Minderheit der Finanzkommission hält ausschliesslich aufwandseitige Massnahmen ohne gleichzeitige Anpassungen auf der Einnahmeseite für unverantwortlich. Sie sieht durch eine Politik, die durch Ausbluten der Finanzen radikale Sparkuren durchzusetzen versucht, die Zukunftsfähigkeit des Kantons Zürich gefährdet und kann einem auf diesem Grundsatz basierenden Voranschlag nicht zustimmen.

Finanzkommission

Der Präsident:	Die Sekretärin:
Werner Bosshard	Evi Didierjean

II. Berichte der Justizkommission und der Sachkommissionen

1. Justizkommission

1.1 Einleitende Bemerkungen

Die Justizkommission (JUKO) hat die Globalbudgets der Rechtspflege an ihren Sitzungen vom 26. Oktober und 9. November 2005 beraten. Dabei erfolgte die Präsentation der einzelnen Globalbudgets durch die Präsidien der obersten kantonalen Gerichte. Anlässlich der Budgetberatung konnte die JUKO erneut feststellen, dass die durchgeführten Visitationen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse, welche auch im Plenum diskutiert wurden, die Arbeit wesentlich unterstützen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in der JUKO zu den behandelten Globalbudgets keinerlei Anträge gestellt wurden. Die Globalbudgets wurden einstimmig befürwortet.

1.2 Obergericht und angegliederte Gerichte (9030)

Das Obergericht budgetiert nur eine geringfügige Ertragssteigerung. Der Aufwand steigt um gut 1,5 Mio. Franken, was auf die Planungskosten für die bauliche Erweiterung des Obergerichts zurückzuführen ist. Dadurch ergibt sich insgesamt eine Verschlechterung der Laufenden Rechnung um 1'441'300 Franken.

1.3 Bezirksgerichte (9040)

Die Bezirksgerichte rechnen mit einer Zunahme der Eingänge, weshalb der Ertrag durch die Gebühren ansteigt. Zudem werden Projektierungskosten des Bezirksgerichts Bülach rückvergütet. Der Aufwand steigt um über 5 Mio. Franken, einerseits durch die Übertragung der Wengistr. 30 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, andererseits durch höhere Abschreibungen bei den Forderungen. Es resultiert eine Saldoverschlechterung um 3'600'500 Franken.

Die Investitionen sind geprägt von Bauvorhaben an mehreren Bezirksgerichten.

1.4 Notariate /Grundbuch- und Konkursämter (9060)

Das Globalbudget Notariate / Grundbuch- und Konkursämter weist gegenüber dem Voranschlag 2005 eine Saldoverschlechterung auf. Der Ertrag sinkt durch den Wegfall der Bezugsprovisionen für die Handänderungssteuer. Der Aufwand bleibt praktisch gleich.

Im Informatikbereich sind Investitionen im Umfang von 3,9 Mio. Franken geplant auf Grund der Einführung des eidgenössischen Grundbuchs.

1.5 Kassationsgericht (9061)

Da das Kassationsgericht im Voranschlag 2006 nur noch eine Anzahl Erledigungen von 275 gegenüber 460 im Vorjahr budgetierte, liess sich die Justizkommission über die genauen Umstände ins Bild setzen und suchte nach Lösungen. Die Mitglieder des Kassationsgerichts erklärten sich bereit, je drei Referate zu übernehmen, womit die Erledigungszahl auf 315 ansteigt (Indikator 20). Somit sinken auch die Kosten pro Fall auf 15'101 Franken (Indikator 40). Die Anzahl Pen-

denzen sinkt damit Ende 2006 auf 85 (Indikator 22). Und schliesslich erhöht sich die Anzahl der Fälle, die nach sechs Monaten erledigt sind, von 45% auf 55% (Indikator 10).

1.6 Landwirtschaftsgericht (9062)

Zu diesem Globalbudget gibt es keine Bemerkungen.

1.7 Verwaltungsgericht (9063)

Der Ertrag ist rückläufig und der Aufwand steigt minim an, womit eine Saldoverschlechterung um 210'600 Franken resultiert. Der geringere Ertrag ist darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr Rücklagen aufgelöst wurden.

1.8 Sozialversicherungsgericht (9064)

Der Saldo verschlechtert sich um 237'000 Franken. Da die Anzahl Eingänge besonders im IV-Bereich stark ansteigen wird, sinkt der Anteil Erledigungen innert sechs Monaten auf 40%.

Justizkommission

Die Präsidentin: Der Sekretär:

Gabi Petri

lic. iur. Emanuel Brügger

2. Kommission für Staat und Gemeinden

2.1 Einleitende Bemerkungen

Die Kommission hält an ihrer bewährten Arbeitsweise, der Beratung der ihr zugewiesenen Leistungsgruppen in Arbeitsgruppen, fest. Auf Grund der Erfahrungen und Kenntnisse aus den letzten Jahren fanden punktuelle Besuche in den Ämtern statt.

Nachfolgend werden wesentliche Bemerkungen zu einzelnen Budgetpositionen festgehalten. Die Kommission stimmt dem Voranschlag 2006 zu und stellt einen Antrag zur Leistungsgruppe Liegenschaftenerfolg, 4940.

2.2 Zu den einzelnen Bereichen

2.2.1 Regierungsrat und Staatskanzlei

2.2.1.1 Regierungsrat und Staatskanzlei (1000)

Als Sanierungsmassnahmen werden vier Stellen im Postdienst und 1,9 Stellen in der Rekursabteilung abgebaut. Mit dem neuen Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung geht ein Teil der Rekursfälle, die bisher von der Regierung entschieden wurden, an die Baurekurskommission über. Dafür werden bei der Baurekurskommission 1,5 Stellen budgetiert. Um die bestehenden Pendenzen abbauen zu können, sind in der Staatskanzlei für das Jahr 2006 noch 1,5 Stellen vorgesehen. Sie werden ab 2007 abgebaut.

2.2.1.2 Sanierungsprogramm 04 Querschnittsmassnahmen

Querschnittsmassnahmen, die nicht einzelnen Direktionen zugeordnet werden können, werden bei der Staatskanzlei in einer eigenen Leistungsgruppe als Ertragsminderung zusammengefasst. Einzig beim Projekt ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren) wird auch der Aufwand zentral budgetiert. Die Staatskanzlei kann diese Positionen nicht direkt beeinflussen.

Als ein Ergebnis des Teilprojektes Immobilien, welches im Rahmen des Sanierungsprogrammes 04 gestartet wurde, werden in der Zentralverwaltung Flächenstandards für die Büroraumbelegung eingeführt. Mit dem Novemberbrief wird ein Kredit von insgesamt 1,95 Mio. Franken beantragt, 1,75 Mio. Franken für die Umzugskosten und 0,2 Mio. Franken für Leermieten. Diese Standards werden in der Zentralverwaltung zu einer Reduktion des Raumbedarfs von rund 10'800 m² führen. Fremdmieten können aufgelöst und die räumliche Zersplitterung der Amtsstellen abgebaut werden. Es ist mit insgesamt rund 4,1 Mio. Franken Leerstandskosten zu rechnen. Die Umbau- und Renovationskosten werden auf 4 Mio. Franken geschätzt, die Umzugskosten auf insgesamt rund 3 Mio. Franken. Ab dem Jahr 2009 wird mit nachhaltigen Kostensenkungen von 4,5 Mio. Franken pro Jahr gerechnet. Die STGK bedauert, dass das ursprünglich angepeilte Einsparpotential von 10 Mio. Franken relativ deutlich unterschritten wird.

2.2.2 *Direktion Justiz und Inneres*

2.2.2.1 *Generalsekretariat (2201)*

Für die Umsetzung der Kantonsverfassung, welche voraussichtlich bis ins Jahr 2008 dauert, wurde eine halbe befristete Stelle vom Verfassungsrat übernommen. Die Direktion JI hat eine Koordinationsaufgabe für alle Direktionen, später ist sie für die Umsetzung in ihrem eigenen Bereich, dem grössten, zuständig. Vorerst werden die grösseren Projekte identifiziert, und es wird festgestellt, welche Vorhaben zusammengefasst werden können. Gleichzeitig sind Revisionen des Bundesrechts zu berücksichtigen, was sich insgesamt eher verzögernd auf die Umsetzungsarbeiten auswirkt. Alle sechs Monate ist ein Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten zuhanden des Regierungsrates abzuliefern.

Die Strafmediation wird voraussichtlich per 1.1.2007 in normales Recht aufgenommen; eine Stelle wird ins Amt für Justizvollzug überführt. Der Betriebsbeitrag an den Verein Strafmediation, welcher sich per Ende 2005 auflöst, entfällt. Für das Jahr 2006 wird eine Übergangslösung getroffen.

2.2.2.2 *Zentrale Dienstleistungen JI (2203)*

Alle Informatikausgaben werden zentral bei dieser Leistungsgruppe geführt. Auf Grund der direktionsweiten Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen der Jahre 2004 und 2005 werden sich die Abschreibungen in den folgenden Jahren erhöhen und damit wird der Gesamtaufwand leicht zunehmen. Der Stellenabbau um eine Stelle vermag die Zunahme nicht ganz aufzufangen. Die rund 120 Führungskräfte der Direktion werden gezielt in Kursen geschult, die die Direktion organisiert, die aber durch Externe gegeben werden. Der Indikator «Aufzeigen von Führungsinformationen/Personal- und Kostentransparenz» ist wenig aussagekräftig und soll überprüft werden. Falls die e-Voting-Pilotabstimmungen im November 2005 in den Kantonen Zürich und Neuenburg erfolgreich verlaufen, hofft man, mit dem Segen des Bundes, der den Evaluationsbericht, angekündigt für Sommer 2006, abwarten will, trotzdem schon weiterarbeiten zu können. Vor diesem Hintergrund ist mit einer zeitlichen Verzögerung der eingestellten Kredite für 2006 zu rechnen.

2.2.2.3 *Gemeindeamt (2207)*

Die grossen Änderungen in der Ertragsentwicklung sind auf neue Vorschriften im Bundesgesetz über den Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts zurückzuführen. Einbürgerungsgebühren von Kanton und Gemeinde dürfen nur noch höchstens die Verfahrenskosten decken. Es werden 4,3 Mio. Franken weniger Ertrag veranschlagt.

Mit der Reorganisation des Zivilstandswesens wurden dem Gemeindeamt neue Aufgaben übertragen, für die eine neue Stelle geschaffen wird. Die Aufsicht der Zivilstandsämter wird neu nur noch von der kantonalen Aufsichtsbehörde wahrgenommen, der Bezirksrat zieht sich aus dieser Aufgabe zurück.

Es werden drei neue Stellen für die Gemeinderevisionen geschaffen, deren Kosten durch die Gemeinden gedeckt sind. Der Kostendeckungsgrad liegt bei 102%.

2.2.2.4 *Finanz- und Lastenausgleich (2215)*

Die seit längerem angekündigte Reform des zürcherischen Finanzausgleichs verzögert sich weiter, nachdem die Vernehmlassung keine eindeutigen Ergebnisse gebracht hat. Gegenwärtig wird ein neuer Modellvorschlag erarbeitet. Die Regierung wird voraussichtlich Ende 2005 über das weitere Vorgehen entscheiden.

Es wird erwartet, dass einige steuergünstige Gemeinden ihre Steuerfüsse für das Jahr 2006 anheben, womit die Berechnungsfaktoren gemäss § 18 Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich nicht verändert werden müssen.

2.2.2.5 Staatsarchiv (2224)

Als Folge der Investitionen für den Erweiterungsbau erhöhen sich die Abschreibungen und Zinsen um rund 25%. Ab dem Jahr 2007 werden rund 1,5 Mio. Franken dafür aufgewendet. Mit der Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus ab Anfang 2006 werden die mit der Kreditvorlage bewilligten 1,5 Personalstellen aktiviert. Trotz Verdoppelung des Lagervolumens kann die Mehrarbeit dank dem Einsatz neuer Technologien und der Rationalisierung von Abläufen durch diese Personalaufstockung aufgefangen werden. Zwei weitere, auf fünf Jahre befristete Personalstellen werden gezielt für den Restanzenabbau eingesetzt. Mit dem neuen Archivgesetz hat sich die Aktenmenge seit dem Jahr 1995 massiv erhöht. Zwar konnten in der Zwischenzeit die Akten bis 1798 restlos erschlossen und so aufbereitet werden, dass sie keinen Schaden nehmen, doch die meisten Dokumente des 19. Jahrhundert bedürfen noch der Aufarbeitung.

2.2.3 Finanzdirektion

2.2.3.1 Generalsekretariat (4000)

Der Indikator «Arbeitsstunden für Unterstützung des Direktionsvorstehers» wurde bereits für das Jahr 2005 erhöht und auch für 2006 auf höherem Niveau als 2004 belassen, weil vorderhand mehr Aufwand für die Einarbeitung des neuen Finanzdirektors erwartet wird. Für Baubeiträge wurden bisher Darlehensverträge ausgearbeitet und Grundpfandverschreibungen vorgenommen. Da diesem Aufwand kaum Nutzen gegenübersteht, wird darauf verzichtet, was zu einer Entlastung von 0,1 Stellen führt (MH06-Massnahme).

2.2.3.2 Personalamt (4500)

Nach längerer Vorbereitungszeit soll im Jahr 2006 die neue Mitarbeiterbeurteilung mit Zielvereinbarung (MAB) überall eingeführt sein. Der Umsetzungsstand in den einzelnen Direktionen ist unterschiedlich, einige wenden die MAB bereits an. Weil die Personalführung anspruchsvoller wird, werden spezielle Schulungen für Führungspersonen angeboten, die gut benutzt werden. Eine Beurteilung des Vorgesetzten durch seine Mitarbeitenden ist nicht vorgesehen; dafür werden im Rahmen des Personalcontrollings Personalbefragungen durchgeführt, welche Schlussfolgerungen über das Führungsverhalten zulassen.

Zu Beginn des Jahres 2006 ist ein Entscheid über das weitere Vorgehen in Sachen Lohnrevision zu erwarten. Für dieses Vorhaben wurden 1 Mio. Franken budgetiert. Die Vorbereitungsarbeiten, welche auf Grund eines Regierungsratsentscheids Ende 2004 in Angriff genommen wurden, wurden durch den neuen Direktionsvorsteher kurz nach seinem Amtsantritt gestoppt.

Die aktuelle Softwareversion des PALAS (Lohnverarbeitung) wird noch bis im Jahr 2009 gewartet. Für einen Releasewechsel, der ursprünglich für die Jahre 2006/2007 vorgesehen war und sich nun verzögert, sind vorab 6 Mio. Franken budgetiert; das konkrete Vorgehen ist aber noch ungewiss.

In den vergangenen Jahren war das PALAS ein grosser Kostenfaktor. Die Betriebskosten können nun langsam reduziert werden. Die Erträge bestehen hauptsächlich aus Kurseinnahmen aus der Aus- und Weiterbildung, die den Direktionen verrechnet werden. Auch die Lohnverarbeitung

kann teilweise weiterverrechnet werden, vor allem an unselbständige Anstalten und Ämter, deren Kosten durch den Bund finanziert werden.

Vermutlich im März 2006 wird die Amtsleitung nach längerer Zeit wieder besetzt sein. Auf Grund dieser Vakanz mussten diverse Projekte gebremst oder gestoppt werden, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. Es wird im Einzelfall zu entscheiden sein, wie diese Projekte weitergeführt werden.

2.2.3.3 Drucksachen und Material (4700)

Die so genannten Personalaktionen werden rege benutzt, weil von günstigen Spezialkonditionen profitiert werden kann. Die Umsätze und Kosten werden wie alle übrigen Aufträge verbucht. Die Selbstkosten inkl. Logistik sind gedeckt.

2.2.3.4 Liegenschaftenerfolg (4940)

Nachdem im Jahr 2002 23 Mio. und in den Jahren 2003 und 2004 durchschnittlich 11 Mio. Franken Buchgewinne Liegenschaften erzielt wurden, scheinen der Kommission die budgetierten 7,4 Mio. Franken zu vorsichtig veranschlagt. Sie beantragt deshalb eine Erhöhung um 3,6 Mio. Franken, womit sich der positive Saldo dieses Globalbudgets auf 15'084'100 Franken erhöht.

Kommission für Staat und Gemeinden
Der Präsident: Die Sekretärin:
Bruno Walliser Jacqueline Wegmann

3. Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) hat die ihr zugewiesenen Bereiche des Voranschlags 2006 an den Sitzungen vom 4. Oktober, 25. Oktober, 1. November und 8. November 2005 in Anwesenheit der jeweiligen Direktionsvorsteher sowie deren Generalsekretäre und Direktionscontroller beraten.

3.1 *Direktion der Justiz und des Inneren*

3.1.1 *Einleitende Bemerkungen*

Der Voranschlag 2006 der Direktion weist insgesamt gegenüber demjenigen von 2005 eine Saldoverschlechterung in der Laufenden Rechnung von 5,2 Mio. Franken oder 0,9% aus.

3.1.2 *Zu den einzelnen Positionen*

3.1.2.1 *Strafverfolgung Erwachsene (2204)*

Sowohl Aufwand wie auch Ertrag steigen leicht, wobei eine leichte Verbesserung des Saldos um 268'400 Franken im VA 06 zu verzeichnen ist. Der Aufwand steigt vor allem durch die Erhöhung der Abschreibungen der Untersuchungskosten um 1,9 Mio. Franken. Andererseits konnten die internen Verrechnungen auf Grund einer neuen Vereinbarung betreffend die Verrechnungen von polizeilichen Dienstleistungen um 1,9 Mio. Franken gekürzt werden. Zudem vermindern zwei Massnahmen des MH06 den Anstieg des Aufwands um 1 Mio. Franken (Einschränkung Ausbildungsmassnahmen: 200'000 Franken; weitestgehender Verzicht auf Aufgaben des Sonderstaatsanwalts und Staatsanwälte m.b.A.: 800'000 Franken). Der Ertrag steigt durch leicht höhere Einnahmen aus Bussen und Gebühren sowie die Auflösung von Rücklagen.

3.1.2.2 *Jugendstrafrechtspflege (2205)*

In diesem Budget sinken Aufwand und Ertrag leicht. Es resultiert eine Verbesserung des Saldos um 929'200 Franken. Der um 1 Mio. Franken geringere Aufwand gründet auf gesenkten Ausgaben für jugendstrafrechtliche Massnahmen gemäss Sanierungsprogramm 04. Der Ertrag sinkt, da im VA 05 im Gegensatz zum VA 06 Rücklagen aufgelöst worden waren und dieser Ertragsausfall nicht durch die Zunahme von Rückerstattungen durch die Gemeinden wettgemacht wird.

3.1.2.3 *Amt für Justizvollzug (2206)*

Der Aufwand des Amtes für Justizvollzug steigt um 6,404 Mio. Franken. Dies ist auf die Übernahme der Kosten des provisorischen Polizeigefängnisses zurückzuführen. Die Personalkosten steigen wegen 4,5 zusätzlicher Stellen im wieder eröffneten Gefängnis Winterthur, wohingegen der Sachaufwand auf Grund von Sparmassnahmen sinkt. Durch die Reduktion des Ertrags – im VA 05 wurden Rücklagen von rund 2 Mio. Franken aufgelöst – resultiert eine Saldoverschlechterung von 8,63 Mio. Franken. Korrigiert wurde von der Justizdirektion auf Nachfrage aus der Kommission der Indikator 41. Die Nettokosten pro Belegungstag in den Gefängnissen des Kantons Zürich betragen für den VA 06 demnach neu 113 Franken statt 168 Franken.

Zu diesem Globalbudget wurden von Susanne Rihs-Lanz zwei Minderheitsanträge gestellt. Beide betreffen den Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006. Der eine Antrag bedeutet eine Saldoverschlechterung um 1,275 Mio. Franken und möchte die Kürzung bei den stationären

Massnahmen rückgängig machen, der andere Antrag bewirkt eine Saldoverschlechterung um 509'000 Franken und möchte die Kürzung im Bereich Arbeits- und Erziehungsanstalten rückgängig machen.

Die Investitionsrechnung weist auf Grund der Erneuerung von Sicherheitsanlagen und Erweiterung der Ausschaffungshaft sowie dem Wegfall von Bundesbeiträgen eine Verschlechterung um 2,85 Mio. Franken auf.

3.1.2.4 Handelsregister (2221)

Sowohl Aufwand als auch Ertrag steigen. Es resultiert eine Verschlechterung des Saldos um 76'400 Franken, welche auf erhöhte Personalkosten unter anderem wegen Dienstaltersgeschenken sowie auf höhere Gebühren an den Bund zurückzuführen ist.

3.1.2.5 Fachstelle Opferhilfe (2232)

Während der Aufwand vor allem durch die Reduktion der Betriebsbeiträge an Beratungsstellen gemäss Sanierungsprogramm 04 sinkt, steigt der Ertrag durch eine Zunahme von Rückerstattungen, womit eine Saldoverbesserung um 208'700 Franken erreicht wird.

3.1.2.6 Baurekurskommissionen (2262)

Es resultiert eine Verschlechterung des Saldos um 269'600 Franken. Der Aufwand steigt durch die Zunahme von Personalkosten (+1,5 Stellen) und Sachaufwand auf Grund der vorgesehenen Zuständigkeitsverlagerung vom Regierungsrat zu den Baurekurskommissionen betreffend Bauvorhaben, die der Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, sowie Bauvorhaben ausserhalb der Bauzonen (Neuerlass OG RR und dadurch bedingte Änderung des PBG). Der Ertrag steigt durch die dadurch erwirtschafteten höheren Gebühreneerträge leicht an.

3.1.2.7 Steuerrekurskommissionen (2263)

Da der Aufwand stärker als der Ertrag sinkt, resultiert eine Saldoverbesserung um 111'400 Franken. Der Aufwand reduziert sich durch die Abnahme der Personalkosten auf Grund des Abbaus einer Stelle im juristischen Sekretariat und einer 50%-Stelle in der administrativen Kanzlei. Zudem werden weniger Referate an externe Richter vergeben, was zu einer Reduktion der Vergütungen an diese führt. Der Ertrag sinkt, da im VA 06 keine Rücklagen wie im VA 05 aufgelöst werden, sowie durch die Abnahme von Gebühreneinnahmen.

3.2 *Direktion für Soziales und Sicherheit*

3.2.1 *Einleitende Bemerkungen*

Der Voranschlag 2006 der Direktion weist insgesamt gegenüber demjenigen von 2005 eine Saldoverschlechterung in der Laufenden Rechnung von 31,5 Mio. Franken oder 2,6% aus, die vor allem von der Saldoverschlechterung des kantonalen Sozialamts herrührt, das nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit fällt.

In der Investitionsrechnung resultiert eine Saldoverschlechterung von 3,6 Mio. Franken oder 6,6%. Dies ist massgeblich auf den Ersatz des Funknetzes bei der Kantonspolizei mit Kosten von 7,5 Mio. Franken zurückzuführen.

3.2.2 Zu den einzelnen Positionen

3.2.2.1 Generalsekretariat Zentrale Vollzugsaufgaben (3000)

Sowohl Aufwand als auch Ertrag steigen. Es resultiert eine Verbesserung des Saldos um 648'100 Franken. Die Ertragssteigerung ist auf die Zunahme von Ausweisgeschäften zurückzuführen. Der Aufwand erhöht sich wegen des höheren Gebührenanteils des Bundes.

3.2.2.2 Kantonspolizei (3100)

Auch bei der Kantonspolizei steigen Aufwand und Ertrag. Dennoch verbessert sich der Saldo um 5,363 Mio. Franken. Die Aufwandsteigerung erklärt sich im höheren Personalaufwand für gestiegene Sicherheitsmassnahmen am Flughafen. Der Ertrag steigt wegen höherer Rückerstattungen für die genannten Sicherheitsmassnahmen, durch eine Zunahme des Bussenerlöses sowie die Abgeltung der Leistungen der Verkehrsinstruktion.

Zu diesem Globalbudget wurde von Renate Büchi-Wild ein Minderheitsantrag gestellt. Dieser verlangt eine Wiedererhöhung des Personalbestandes der Kantonspolizei Zürich auf den Stand des Jahres 2003. Daraus resultiert eine Saldoverschlechterung um 3 Mio. Franken.

3.2.2.3 Strassenverkehrsamt (3200)

Sowohl Aufwand als auch Ertrag steigen. Die Verbesserung des Saldos beträgt 113'500 Franken. Der Ertrag steigt durch die Zunahme der Verkehrsabgaben. Dadurch erhöht sich der Übertrag in den Strassenfonds, welcher als Aufwanderhöhung zu Buche schlägt.

Die Investitionsrechnung präsentiert sich um 2,03 Mio. Franken besser, da der Umbau der Schalterhallen abgeschlossen wurde.

3.2.2.4 Migrationsamt (3300)

Sowohl Aufwand als auch Ertrag sinken. Der Saldo verschlechtert sich um 154'000 Franken. Die Aufwandsenkung resultiert durch den Personalabbau im Asylverfahren (MH 06). Auf den Ertrag wirken sich das Entlastungsprogramm des Bundes im Asylbereich sowie die tieferen Rückerstattungen des Bundes für die Ausschaffungshaft abgewiesener Asylsuchender negativ aus.

3.2.2.5 Amt für Militär und Zivilschutz (3400)

Sowohl Aufwand als auch Ertrag sinken. Es resultiert eine Verbesserung des Saldos um 572'200 Franken. Der Aufwand reduziert sich infolge Wegfalls der Sektionschef-Entschädigungen. Der Ertrag sinkt durch den tieferen Anteil am Wehrpflichtersatz auf Grund der Reduktion des Wehrpflichtalters.

3.2.2.6 Statthalterämter (3600)

Sowohl Aufwand als auch Ertrag steigen. Der Saldo verschlechtert sich um 96'700 Franken. Ertragsseitig rechnet man mit höheren Strafverfügungsgebühren und Bussenerträgen. Höhere Abschreibungen wegen nachlassender Zahlungsmoral und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bestraften bewirken dagegen eine Aufwandsteigerung.

3.2.2.7 *Sportfonds (3910)*

In der Investitionsrechnung ist eine Verschlechterung durch einen Mehrbedarf für baulichen Unterhalt des Sportzentrums Kerenzerberg zu verzeichnen.

Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit
Die Präsidentin: Der Sekretär:
Regula Thalmann lic. iur. Emanuel Brügger

4. Kommission für Wirtschaft und Abgaben

4.1 Einleitende Bemerkungen

Die Kommission hat die Beratungen der ihr zugewiesenen Positionen des Voranschlags 2006 im Plenum und im Beisein der zuständigen Verwaltungsstellen geführt. Sie hat dabei sowohl den KEF 2006-2009 wie auch den Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 (MH06) berücksichtigt. Der Finanz- und der Volkswirtschaftsdirektion wird bescheinigt, dass sie die Sparmassnahmen mit gutem Erfolg umsetzen.

Die WAK stimmt dem Voranschlag 2006 inkl. Novemberbrief zu. Es werden Mehr- und Minderheitsanträge gestellt, auf die unter den jeweiligen Globalbudgetpositionen eingegangen wird.

4.2 Zu den einzelnen Positionen

4.2.1 Finanzdirektion

4.2.1.1 Steuern Betriebsteil (4400)

Die bedeutenden IT-Investitionen im Rahmen des Gesamtprojekts «ZüriPrimo» führen gleichzeitig zu einer starken Erhöhung der Abschreibungen und Zinsen. Diese Aufwandkategorie steigt von 3,5 Mio. Franken im Jahr 2004 auf annähernd 20 Mio. Franken im Jahr 2009. Der Abbau von rund 100 Stellen als Folge der Zentralisierung der verschiedenen Einschätzungsabteilungen tritt wegen Verzögerungen beim Umzug später als geplant ein und mag den höheren Aufwand für Abschreibungen und Zinsen nicht ganz aufzufangen. Da sich die Umsetzung des Projektes «ZüriPrimo» bis ins Jahr 2015 hinziehen wird, ist in den nächsten Jahren nicht mit einem markanten Rückgang des Gesamtaufwands zu rechnen, auch wenn sich der Personalaufwand als ein wesentlicher Kostenfaktor stabil entwickelt. Die Infrastrukturkosten müssen in die Wirtschaftlichkeitsberechnung einbezogen werden, weshalb die Kosten pro Veranlagung trotz einer Produktivitätssteigerung vorderhand kaum sinken.

Es wird ein Mehrheitsantrag auf eine Aufwandskürzung um 2% gestellt, welche den Saldo um 2'815'510 auf 133'469'510 Franken reduziert. Die Kommissionsminderheit spricht sich für den Regierungsrätlichen Budgetantrag aus.

4.2.1.2 Steuererträge (4910)

Nach dem Rückgang der Steuererträge in den Jahren 2003 und 2004 und einer leichten Zunahme für das Jahr 2005 werden für die folgenden Jahre bis 2008 markante Steigerungen budgetiert. Die Annahmen fassen zum einen auf relativ optimistischen Wirtschaftswachstumsprognosen, zum anderen auf der geplanten Erhöhung des Steuerfusses um fünf Prozentpunkte. Ertragsausfälle infolge verschiedener Steuergesetzesänderungen zugunsten natürlicher und juristischer Personen sind berücksichtigt. Der Rückgang des Bundessteueranteils ist auf die Gewinneinbrüche bei den juristischen Personen in den letzten Jahren zurückzuführen. Der Aufwand für die Entschädigung an die Gemeinden steigt mit der Zunahme der erledigten Veranlagungen durch die Gemeinden. Die Abschreibungen für nicht einbringbare Steuerforderungen steigen auf Grund von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen an. Sie betragen aber weniger als 1% der Staatssteuererträge und sind nicht alarmierend.

4.2.2 Volkswirtschaftsdirektion

4.2.2.1 Generalsekretariat (5000)

Das Generalsekretariat übernimmt vier Stellen aus dem Amt für Wirtschaft und Arbeit. Die Kommunikation wird im Generalsekretariat zentralisiert, weshalb eine der beiden Stellen aus dem Amt für Wirtschaft und Arbeit dorthin übertragen wird. Die Direktionsvorsteherin möchte zudem die Europafachstelle, bisher ein Bereich der Abteilung Wirtschaftsförderung, näher bei sich haben. Die beiden Stellen werden bereits per 1. November 2005 verschoben; per 1. Dezember 2005 wird die Stelle des Leiters neu besetzt. Konzentriert wird auch die direktionsinterne Personalentwicklung, wodurch eine weitere Stelle beim Amt für Wirtschaft und Arbeit wegfällt. Da die Informatik ebenfalls im Generalsekretariat zentralisiert ist, wird die IT-Stelle des RAV Winterthur dorthin übertragen. Diese Stelle wird durch das seco vollständig finanziert. Die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen verläuft bis anhin wie geplant.

Es wird ein Minderheitsantrag auf eine Aufwandkürzung um 2% gestellt, welche den Saldo um 136'980 auf 4'129'870 Franken reduziert.

4.2.2.2 Landschaft und Natur (5100)

Die Massnahmen aus dem Sanierungsprogramm 04 und dem MH06 greifen, der Gesamtaufwand zeigt sinkende Tendenz. Als Folge eines Leistungsauftrags mit der Gesundheitsdirektion für den Fachbereich Lebensumfeld und Alltagsgestaltung der Ausbildung zur/zum Fachangestellten Gesundheit am Strickhof steigt der Aufwand ab dem Jahr 2007 leicht an; dem werden aber entsprechende Erträge gegenüberstehen. Vorbereitend sind Investitionen in den Schulräumen vorzunehmen, für die ein Kredit von 1,5 Mio. Franken per Novemberbrief beantragt wird. Insgesamt zeigen auch die Investitionsausgaben leicht abnehmende Tendenz. Das Amt bemüht sich, die MH06-Massnahmen so umzusetzen, dass die Leistungen möglichst wenig tangiert werden. Dieses Vorgehen erklärt, warum sich die Indikatoren kaum verändern.

Es wird ein Minderheitsantrag auf eine Aufwandkürzung um 2% (ohne durchlaufende Bundesbeiträge) gestellt, welche den Saldo um 1'700'780 auf 55'226'820 Franken reduziert.

Es werden zwei Eventual-Minderheitsanträge zu den Bereichen Wald und Naturschutz gestellt. Bestimmte Massnahmen des MH06 (Nrn. 510005-08) sollen gestoppt werden, falls der Antrag für eine Steuerfusserhöhung auf 105% keine Mehrheit findet. Da der Regierungsrat den MH06 als Gesamtpaket konzipiert hat und er zudem Massnahmen im Kompetenzbereich des Regierungsrates und nicht des Kantonsrates betrifft, sind Anträge zu einzelnen Massnahmen nach Ansicht der WAK nicht erfolversprechend.

4.2.2.3 Wirtschaft und Arbeit (5300)

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit übernimmt 71 Stellen des RAV Winterthur, welches per 1. Januar 2006 kantonalisiert wird. Gleichzeitig werden vier Stellen aus dem Amt in das Generalsekretariat integriert (siehe unter 4.2.2.1). Der gesamte Mehraufwand, der durch die Integration des RAV Winterthur entsteht, wird vom Bund getragen, womit sich Aufwand und Ertrag saldoneutral erhöhen. Für das Sekretariat der Tripartiten Kommission TPK, welche für den Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zuständig ist, werden zwei neue Stellen geschaffen und zusätzlich zwei Kontrolleure der Arbeitskontrollstelle Zürich, die im Auftrag der TPK ebenfalls mit der Umsetzung der flankierenden Massnahmen betraut ist, finanziert. Als Sanierungsmassnahmen wird beim Arbeitsinspektorat die Stelle, die für die Umsetzung der ASA-Vorgaben innerhalb des Kantons zuständig war, nicht mehr besetzt und auch eine 40%-Stelle im Sekretariat abgebaut. Die Verantwortung für die Umsetzung der ASA-Richtlinien liegt bei den einzelnen Direktionen. Im Bereich der Wirtschaftsförderung werden die Prioritäten bei

der Pflege der ansässigen Betriebe als Folge einer Stellenreduktion neu gesetzt, was sich in einem tieferen Indikator «Anzahl KMU-Anfragen» niederschlägt.

Es wird ein Minderheitsantrag auf eine Aufwandskürzung um 2% (ohne Vollzug AVIG und ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV) gestellt, welche den Saldo um 540'336 auf 38'526'294 Franken reduziert.

4.2.2.4 Arbeitslosenfonds (5910)

Mit Beiträgen aus dem Arbeitslosenfonds wurde der erhöhte Kantonsbeitrag an die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahren etwas aufgefangen. Der Fondsbestand beträgt rund 6,8 Mio. Franken. Dieser Betrag wird im Jahr 2006 vollumfänglich für die Finanzierung der ALV eingesetzt und der Fonds dann aufgelöst.

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
Der Präsident: Die Sekretärin:
Hansjörg Schmid Jacqueline Wegmann

5. Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit

5.1 Voranschlag der Direktion für Soziales und Sicherheit

5.1.1 Kantonales Sozialamt (3500), Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus (3920)

Der Saldo des kantonalen Sozialamtes weist gemäss Voranschlagsentwurf einen Aufwandüberschuss von 912 Mio. Franken auf. Im Vergleich zum Voranschlag 05 (-874 Mio. Franken) ergibt sich somit eine Saldoverschlechterung von 38 Mio. Franken, die hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen ist:

- Mehraufwand für die Sozialversicherungen des Bundes (-16 Mio. Franken)
- Höhere Beiträge für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-3 Mio. Franken)
- Mehraufwendungen in der öffentlichen Sozialhilfe (netto -17 Mio. Franken)

Es fällt auf, dass der Bereich des Asylwesens im Voranschlag des kantonalen Sozialamtes kostenneutral eingestellt ist. Mehraufwendungen gehen zu Lasten der Gemeinden, da der Bund für das Asylwesen wohl Beiträge an die Unkosten, nicht jedoch eine vollständige Kostengarantie leistet. Diese Tendenz zu Lasten der Gemeinden wird verursacht durch die sinkende Zahl von Asylsuchenden in der 1. Phase, während die Zahl der Asylsuchenden, die sich in der 2. Phase und damit bei den Gemeinden befinden, immer noch ansteigt.

Eine Kommissionsminderheit beantragt eine Saldoverschlechterung von 180'000 Franken, damit die im Rahmen von MH06 erfolgte Personalreduktion im Bereich der Asylkoordination (Massnahme Nr. 350001) rückgängig gemacht werden kann.

Eine weitere Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandverbesserung von 22,9 Mio. Franken, die durch Kürzung der Beiträge an Institutionen und Gemeinden und bei diesen im Sinne von möglichen Effizienzsteigerungen durch die neuen SKOS-Richtlinien zu realisieren ist.

5.2 Budgets der Gesundheitsdirektion

Im Voranschlagsentwurf 06 verbessert sich der Saldo der Gesundheitsdirektion gegenüber dem Voranschlag 2005 um 61,1 Mio. Franken (VA 05: -1'237,4 Mio./VA 06: -1'176,3 Mio.).

Zu diesem verbesserten Gesamtergebnis tragen Minderaufwendungen in der Höhe von 37,2 Mio. Franken und Mehrerträge von 23,9 Mio. Franken bei. Die wesentlichsten Veränderungen ergeben sich bei der Leistungsgruppe 6300 mit einer Verbesserung um 40 Mio. Franken und bei der Leistungsgruppe 6400 mit einer Verbesserung um 15 Mio. Franken. Auch bei der Leistungsgruppe 6700 ist eine deutliche Saldoverbesserung erkennbar. Diese ist auf eine Massnahme im Rahmen des Massnahmenplanes Haushaltsgleichgewicht 06 zurückzuführen.

5.2.1 Steuerung Gesundheitsversorgung (6000), Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen (6100), Prävention und Gesundheitsförderung (6200), Langzeitversorgung (6500)

Eine Kommissionsminderheit beantragt bei sämtlichen Budgets der Leistungsgruppen 6000, 6100, 6200 und 6500 eine Aufwandreduktion um 2%.

- Leistungsgruppe 6000: Aufwandverbesserung 404'268 Franken durch Effizienzsteigerung
- Leistungsgruppe 6100: Aufwandverbesserung 371'858 Franken durch Effizienzsteigerung
- Leistungsgruppe 6200: Aufwandverbesserung 131'100 Franken durch Effizienzsteigerung und Reduktion der Beiträge
- Leistungsgruppe 6500: Aufwandverbesserung 545'700 Franken durch Beitragskürzungen an die Institute (ist dort durch Effizienzsteigerungen zu realisieren)

5.2.2 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation (6300)

Der Saldo dieser Leistungsgruppe verbessert sich im Vergleich zum KEF 2005-2008 um 158 Mio. Franken. Verantwortlich für diese Veränderung sind die Verschiebung der Sockelbeiträge an Behandlungskosten für Zusatzversicherte in den Privatspitälern auf 2007 (+83 Mio. Franken), die Umsetzung von MH06 (+24 Mio. Franken), Mehrerträge auf Grund von Taxerhöhungen und Mehrleistungen (+49 Mio. Franken) sowie Einsparungen im Bereich der Personalteuerungsfaktoren (MH06) und bei der Sachteuerung, u.a. Medikamentenkosten (+18 Mio. Franken). Die Entlastung bei den Sockelbeiträgen wird allerdings bereits im Jahr 2007 wegfallen.

Trotz San04 und MH06 ist eine leichte Zunahme der Stellen bei den Assistenzärzten auf Grund der starren Vorschriften des Arbeitsgesetzes unausweichlich.

Eine Kommissionsminderheit beantragt den Verzicht auf zwei Massnahmen des MH06:

- Aufwandverschlechterung 15,2 Mio. Franken durch Verzicht auf Massnahme Nr. 630001 – Effizienzsteigerung in der stationären Akutversorgung
- Aufwandverschlechterung 850'000 Franken durch Verzicht auf Massnahme Nr. 630004 – Zurückhaltende Wiederbesetzung vakanter Stellen

Eine weitere Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandreduktion um 2% (Aufwandverbesserung 30,8 Mio. Franken), die durch Beitragskürzungen an die Institute und dort durch Effizienzsteigerung zu realisieren ist.

5.2.3 Psychiatrische Versorgung (6400)

Bei der Leistungsgruppe 6400 ergibt sich für den Voranschlag 2006 gegenüber dem KEF 2005-2008 eine Saldoverbesserung von 12 Mio. Franken. Gründe dafür sind die Umsetzung des MH06 (+6 Mio. Franken), Mehrerträge auf Grund von Mehrleistungen (+5,4 Mio. Franken) sowie Einsparungen bei den Personalteuerungsfaktoren und bei der Sachteuerung im Rahmen von MH06 (+2,4 Mio. Franken).

Bei der Leistungsentwicklung wird immer noch eine leichte Zunahme bei den Patientenaustritten und gleichzeitig ein starker Rückgang der Pflage tage erwartet; hauptsächlich wegen der Teilschliessung der Hohenegg und des Abbaus bei ipw in Winterthur.

Auch in dieser Leistungsgruppe wirkt sich das Arbeitsgesetz aus und zwingt zur Schaffung zusätzlicher Assistenzarztstellen.

Eine Kommissionsminderheit beantragt den Verzicht auf zwei Massnahmen des MH06:

- Aufwandverschlechterung 6,4 Mio. Franken durch Verzicht auf Massnahme Nr. 640001 – Effizienzsteigerung in der stationären psychiatrischen Versorgung
- Aufwandverschlechterung 750'000 Mio. Franken durch Verzicht auf Massnahme Nr. 640002 – Effizienzsteigerung in der ambulanten und teilstationären psychiatrischen Versorgung

Eine weitere Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandreduktion um 2% (Aufwandverbesserung 7,877 Mio. Franken), die durch Beitragskürzungen an die Institute und dort durch Effizienzsteigerung zu realisieren ist.

5.2.4 Beiträge an Krankenkassenprämien (6700)

Im Vergleich zum Voranschlag 05 verbessert sich der Saldo dieser Leistungsgruppe vor allem auf Grund der Massnahme 670001 des MH06 um 6 Mio. Franken.

Eine Kommissionsminderheit beantragt, auf die Leistungsreduktion der Beiträge an Erwachsene im Umfang von 120 Franken zu verzichten (MH06 – Nr. 670001), was zu einer Saldoverschlechterung von 12 Mio. Franken führen würde.

Eine weitere Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandreduktion um 2% (Aufwandverbesserung 10,44 Mio. Franken), die so umzusetzen ist, dass der bis anhin jeweils über der gesetzlichen Mindestquote von 80% liegende Sicherheitsteil um diesen Betrag gekürzt wird.

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Der Präsident:

Der Sekretär:

Christoph Schürch

Roland Brunner

6. Kommission für Bildung und Kultur

6.1 Allgemeine Bemerkungen

Die Kommission hat an vier Sitzungen die Budgets 2005 der Fachstelle Kultur und der Bildungsdirektion beraten. Die Globalbudgets der 15 Leistungsgruppen der Bildungsdirektion wurden durch die vier Subgruppen «Volksschule, Jugendhilfe, Bildungsverwaltung», «Mittelschulen + Berufsbildung», «Universität», «Fachhochschulen, Kultur» mit den Verantwortlichen der verschiedenen Ämter besprochen. Die durch die KBIK gestellten Fragen sind vollständig und in der Sache nachvollziehbar beantwortet worden.

6.2 Globalbudget der Fachstelle Kultur (2234)

Der Saldo der Fachstelle Kultur weist im Voranschlag 06 mit -76,412 Mio. Franken eine leichte Verschlechterung gegenüber der letzten Rechnung (RE 2004: -75,645 Mio.) und dem Vorjahresbudget (VA 2005: -76,326 Mio.) auf. Der Grund für diese Veränderung liegt in den leicht höheren Beiträgen an das Opernhaus und das Theater für den Kanton Zürich, welche gesamthaft um 1,1 Mio. Franken ansteigen. Für beide Institutionen wird der Regierungsrat dem Kantonsrat im kommenden Jahr Rahmenkreditvorlagen unterbreiten, welche die Spielzeiten 2006/2007 bis 2011/2012 abdecken. Im Rahmen des Novemberbriefs musste der Regierungsrat eine Saldoverschlechterung von 3 Mio. Franken vornehmen, die auf das knappe Nein des Zuger Kantonsparlaments zu einem Beitritt zum interkantonalen Kulturlastenausgleich (Kantone LU, SZ, ZG ZH) zurückzuführen ist.

Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandkürzung von 2% (Saldoverbesserung: +2,269 Mio. Franken).

6.3 Budgets der Bildungsdirektion

Der Saldo der Laufenden Rechnung steigt gegenüber dem Voranschlag 2005 (-2'008,2 Mio.) um 84,4 Mio. Franken auf den Totalbetrag von -2'092,6 Mio. Franken. Zurückzuführen ist diese Saldoverschlechterung teilweise auf den einmaligen Effekt, der im Voranschlag 2005 durch die Auflösung von Rücklagen in der Höhe von 25,3 Mio. Franken erzielt werden konnte und daher im aktuellen Voranschlag entfällt. Die reelle Abweichung gegenüber dem Vorjahresbudget beträgt -59 Mio. Franken und ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- die steigende Zahl der Lernenden auf allen Stufen (+1545)
- Personalentwicklung bei der Universität auf Grund der Umsetzung der Bologna-Reform (+130 Vollzeitäquivalente)
- Eingliederung der Jugend- und Familienhilfe sowie der Berufsberatung der Stadt Winterthur in die kantonale Verwaltung
- Start Careum Zürich und ZAG Winterthur sowie kurzfristig höherer Aufwand bis zur Schliessung der noch bestehenden Schulen im Gesundheitswesen.

6.3.1 Bildungsverwaltung (7000)

Die Saldoverbesserung von 344'200 Franken ist vor allem auf die Umsetzung der Massnahme San04.204 zurückzuführen, indem ein Teil der Kosten für die Lohnadministration für Volksschullehrpersonen an die Gemeinden verrechnet wird. Der Personalzuwachs (+16,5 Stellen) wird begründet durch den Teilaufbau der Fachstelle für Schulbeurteilung und durch die Umsetzungsarbeiten zum Volksschulgesetz.

Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandkürzung von 2% (Saldoverbesserung: +1,683 Mio. Franken).

6.3.2 Lehrmittelverlag (7100)

Der leichte Rückgang beim Ertrag (-528'900 Franken) ist auf die Marktsättigung, u.a. im Bereich der Französisch-Lehrmittel zurückzuführen. Die Verantwortlichen des Lehrmittelverlags spüren, dass die Gemeinden sparen, was sich in einer grösseren Zurückhaltung bei den Bestellungen niederschlägt.

6.3.3 Volksschulen (7200)

Der Ertrag verschlechtert sich gegenüber dem Voranschlag 2005 auf Grund des rückläufigen Personalbestandes um 10,15 Mio. Franken. Gleichzeitig verbessert sich der Aufwand um 10,193 Mio. Franken, was auf die Massnahmen des Sanierungsprogramms 04 zurückzuführen ist (Anhebung der durchschnittlichen Klassengrössen, Aufhebung der Angebotspflicht für biblischen Unterricht). Der Kostenanstieg bei den eigenen Beiträgen (-5,655 Mio.) hängt mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes zusammen.

Die Kommissionsmehrheit beantragt, für die Umsetzung einer Übergangslösung im Sinne des Dringlichen Postulats 258/2005 bereits im Voranschlag 2006 die entsprechenden Mittel einzustellen (Saldoverschlechterung: -200'000 Franken).

Eine Kommissionsminderheit beantragt bei der Massnahme San04.216 die Rückgängigmachung der 3. Stufe der Klassenvergrösserung (Saldoverschlechterung: -3,658 Mio. Franken).

Eine weitere Kommissionsminderheit stellt den Eventual-Minderheitsantrag, die Massnahme San04.216 auf dem heutigen Sanierungsstand einzufrieren (Herbst 2005), wodurch die Umsetzung der Klassenvergrösserung gestoppt würde (Saldoverschlechterung: -2,158 Mio. Franken).

6.3.4 Mittelschulen (7301)

Der Ertragsrückgang von 10,3 Mio. Franken ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Auflösung einmaliger Rücklagen (2005: 9,8 Mio.) im Voranschlag 2006 entfällt. Höhere kalkulatorische Kosten auf Grund der Investitionstätigkeit im Vorjahr verursachen eine Aufwandsteigerung von 2,9 Mio. Franken. Die für die Umsetzung der Motion Dollenmeier budgetierten Zusatzkosten in der Höhe von 2,7 Mio. Franken werden gemäss Novemberbrief im Budgetjahr 2006 nicht beansprucht.

Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandkürzung von 2% (Saldoverbesserung: +7,042 Mio. Franken).

6.3.5 Schulen im Gesundheitswesen

Die Zunahme des Aufwands (-2.9 Mio.) ist vor allem auf die etappenweise Schliessung der bestehenden Schulen und die zeitgleiche Eröffnung der beiden Zentren in Zürich und Winterthur zurückzuführen.

Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandkürzung von 2% (Saldoverbesserung: +1,545 Mio. Franken).

6.3.6 Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen (7303)

Der markante Anstieg der Schülerzahlen führt zu einer Aufwandsteigerung von 6,8 Mio. Franken. Im Personalbereich wird die Entwicklung allerdings durch die Umsetzung von MH06 gebremst (Verbesserung: 2,7 Mio. Franken).

Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandskürzung von 2% (Saldoverbesserung: +7,029 Mio. Franken).

Eine weitere Kommissionsminderheit beantragt die Rückgängigmachung der Massnahme 730302 im Rahmen des MH06; Verzicht auf die Finanzierung der Sprachkurse an Gewerblich-Industriellen Berufsfachschulen und KV-Schulen (Saldoverschlechterung: -0.9 Mio. Franken).

6.3.7 Universität (9600), Universität, Beiträge und Liegenschaften (7401), sonstige universitäre Leistungen (7402), Fonds für die Teilverlegung der Universität (7403)

Der Staatsbeitrag an die Universität erhöht sich im Vergleich zum Vorjahresbudget um 25,8 Mio. Franken. Beim Ertrag entfällt die im laufenden Jahr erfolgte einmalige Auflösung von Rücklagen in der Höhe von 13,2 Mio. Franken. Im Aufwand müssen zusätzliche Mittel für die Umsetzung der Bologna-Reform (-7,6 Mio.) sowie zur Förderung universitärer Forschungsschwerpunkte (-5,6 Mio.) eingestellt werden. Diesen Aufwandverschlechterungen stehen Einsparungen beim Mittelbau (+4,3 Mio.), beim Betriebsaufwand (+3,4 Mio.) und bei den Kleininvestitionen (+3,6 Mio.) gegenüber.

Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandskürzung von 2% (Saldoverbesserung: +12,544 Mio. Franken).

6.3.8 Fachhochschulen (9700), Zürcher Fachhochschulen, Beiträge und Liegenschaften (7406), Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen (7407)

Die höheren Studierendenzahlen führen zu höheren Erträgen bei den Beiträgen des Kantons Zürich (+8,1 Mio.), des Bundes (+2,2 Mio.) und anderer Kantone (+7,5 Mio.). Dieser Saldoverbesserung stehen Aufwanderhöhungen bei den Personalkosten (-9,9 Mio.), beim Sachaufwand (-9,9 Mio.) und bei den übrigen Aufwendungen (-1,8 Mio.) gegenüber. Ebenfalls infolge der steigenden Studierendenzahl erhöhen sich die Staatsbeiträge an die nicht kantonalen Schulen (-3,6 Mio.).

Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandskürzung von 2% (Saldoverbesserung: +5,983 Mio. Franken).

6.3.9 Jugend und Familienhilfe

Die Aufwandsteigerung ist auf die Integration der Jugend- und Familienhilfe der Stadt Winterthur (-4,6 Mio.) und des Schulpsychologischen Dienstes Zürich-Oberland (-1,5 Mio.) und auf die neue Stipendienverordnung (-2,5 Mio.) zurückzuführen. Im Rahmen des Novemberbriefs wurde zusätzlich die saldoneutrale Umkontierung der Sonderschulheime vom Amt für Jugend und Berufsberatung zum Volksschulamt vorgenommen.

Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandskürzung von 2% (Saldoverbesserung: +2,94 Mio. Franken).

Eine weitere Kommissionsminderheit beantragt die Rückgängigmachung der Massnahme 750101 im Rahmen des MH06; Verzicht auf Unterstützung von stationären Einrichtungen in Krisensituationen (Saldoverschlechterung: -2,0 Mio. Franken).

6.3.10 Berufs- und Studienberatung

Die Übernahme der Berufsberatung und des Berufsinformationszentrums der Stadt Winterthur durch den Kanton führt zu einer Saldoverschlechterung von 1,2 Mio. Franken.

Die Kommissionsminderheit beantragt eine Aufwandkürzung von 2% (Saldoverbesserung: +0,574 Mio. Franken).

Kommission für Bildung und Kultur
Die Präsidentin: Der Sekretär:
Brigitta Johner Roland Brunner

7. Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

7.1 Allgemeines

Die KEVU zeichnet verantwortlich für Positionen der Baudirektion (Tiefbau (8400), AWEL (8500), Sondermülldeponie Kölliken (8510), Strassenfonds (8920), Fonds für Kleinmengen von Sonderabfällen (8950), Deponiefonds (8960)) und der Volkswirtschaftsdirektion (Amt für Verkehr (5200), Fonds für die Förderung des ÖV (5920), Fonds für den Flughafen (5921), Finanzierung öffentlicher Verkehr (5210), ZVV (9300)). Die einzelnen Positionen wurden auch durch Amtsbesuche von Subkommissionen näher geprüft.

7.2 Zu den einzelnen Positionen

7.2.1 Baudirektion

7.2.1.1 Tiefbau (8400)

Laufende Rechnung: Der gesamte Aufwand nimmt im Vergleich zum VA05 um 22 Mio. Franken zu. Infolge nicht mehr ersetzter natürlicher Abgänge beim Bereich Strassenunterhalt reduziert sich der Personalaufwand um -2,6 Mio. Franken (-28,3 Stellen). Der Sachaufwand nimmt als Folge der Reduktion des Strassenunterhalts ebenfalls um -9,2 Mio. Franken ab (Nationalstrassen: -6,5 Mio.; Staatsstrassen: -2,7 Mio.). Die Abschreibungen erhöhen sich insgesamt um 24,6 Mio. Franken. Mit 20 Mio. Franken schlägt dabei die Änderung der Buchungspraxis bei der Glattalpbahn, die von der Finanzkontrolle gefordert wurde, zu Buche. Auch höhere Investitionen im Vorjahr bei den National- und Staatsstrassen tragen mit 4,6 Mio. Franken dazu bei. Im Vergleich zum VA05 erhöhen sich die Betriebsbeiträge an die Stadt Zürich für die Sanierung der Hardbrücke (+10 Mio.).

Investitionsrechnung: Im Vergleich zum VA05 steigt der Saldo der Investitionsrechnung um 69,5 Mio. Franken. Auf der Ausgabenseite tragen höhere Investitionen für Staatsstrassenprojekte (+15,2 Mio.) und die Glattalpbahn (+6,2 Mio.), höherer Erneuerungsunterhalt der Staatsstrassen (+3 Mio.) und höhere Investitionsabgeltungen für die Städte Zürich und Winterthur (+3,8 Mio.) ebenso dazu bei wie auf der Einnahmenseite geringere Rückerstattungen Dritter für Staatsstrassenprojekte (+7,3 Mio.) und der Wegfall der Investitionseinnahmen für die Glattalpbahn (geänderte Buchungspraxis +20 Mio.).

Weitere Bemerkungen: Ein Benchmark unter 13 Kantonen hilft trotz der Schwierigkeit, Verschiedenes vergleichbar zu machen, mit Leistungen im TBA-Bereich zu marktgerechten Preisen zu erbringen. Die Senkung der Baustellentage ist ein wichtiges Ziel für 2006; das TBA will die Thematik «Baustellen» optimieren und besser koordinieren. Der neue Abrechnungsmodus «Glattalpbahn» wurde der Subkommission detailliert erläutert.

(Anmerkungen zur Auswirkung der NFA vgl. 7.2.1.4. «Strassenfonds»)

7.2.1.2 AWEL (8500)

Laufende Rechnung: San04 und MH06 zeigen beim AWEL starke Auswirkungen, die sich nicht zuletzt in einer grossen Umstrukturierung des Amtes niedergeschlagen haben. Aufwand (-9,1 Mio.) und Ertrag (-1,8 Mio.) sinken im Vergleich zum VA05. Abbau und Auslagerung von Aufgaben führen zu einer Reduktion der Anzahl Personalstellen von 272 im Jahr 2003 auf 214 im Jahr 2006. Für den VA06 ergibt sich im Vergleich zum VA05 eine Reduktion des Personalaufwands von -1,1 Mio. Franken. Der Negativ-Saldo geht zurück (-7,3 Mio.).

In der Investitionsrechnung wirkt sich der Verzicht auf Staatsbeiträge für den Gewässerschutz aus, was in der Laufenden Rechnung zu einem grossen Rückgang der Abschreibungen (-1,5 Mio.) und Zinsen (-0,5 Mio.) führt.

Indikatoren: Im Umweltbericht wird die Weiterentwicklung der Wirkungsindikatoren angestrebt. Bei den Leistungsindikatoren besteht noch Handlungsbedarf, zumal viele nicht beeinflussbar sind. Ziel ist es, Wirkungs- und Leistungsziele besser zu verknüpfen.

Personalentwicklung im Vergleich zum VA05: Es werden 7,8 Stellen weniger budgetiert; eine davon wurde ins GS transferiert, 6,8 Stellen wurden im Rahmen von San04 abgebaut, nämlich 4,8 im Wasserbau und 2 in der Abfallwirtschaft.

Weitere Bemerkungen: 1) Im Bereich Wasserbau wird abgebaut (San04.281), was angesichts des Hochwassers vom August problematisch ist. 2) 2006 wird etwa die Hälfte der ehemaligen Verdachtsflächen in den definitiven Altlastenkataster überführt sein, wobei die Abklärung der Standorte nach Bautätigkeit in den Gemeinden priorisiert wird. 3) Zusätzliches Risiko: Kosten von jährlich etwa 5,4 Mio. Franken könnten dem Kanton aus einer neuen Bundesregelung erwachsen: Danach hat, sobald der Einbringer des Materials nicht mehr eruierbar ist, der Staat die Ausfallkosten im Altlastenbereich zu tragen. Das gilt auch im Falle des Konkurses des Verursachers. Immerhin kommt die neue Regelung nicht zum Tragen, wenn das Material erst beim Bau abgetragen werden muss.

7.2.1.3 Sondermülldeponie Kölliken (8510)

Die konkreten Sanierungsarbeiten laufen 2006 an. Gegenüber dem VA05 fallen deshalb für den Kanton Zürich, der mit 41,67% am Sanierungskonsortium beteiligt ist, 22 Mio. Franken mehr an Sanierungsbeiträgen an.

7.2.1.4 Strassenfonds (8920)

Der Mehrertrag im Strassenfonds (+3,2 Mio.) resultiert aus höherem Zinsertrag auf dem Fondskapital (+1,2 Mio.) und aus 2,0 Mio. Franken höheren Buchgewinnen. Der Fonds entwickelt sich zurzeit positiv (+52,7 Mio.). Danach wird der Kapitalbestand durch anstehende Grossvorhaben wieder sinken. Es ist schwierig, eine genaue langfristige Prognose zu machen, da diese nicht zuletzt vom Sachplan Verkehr des Bundes abhängt.

Weitere Bemerkungen: 1) Die Auswirkungen der NFA auf den Strassenfonds lassen sich noch nicht präzise quantifizieren. Laufende Projekte fallen unter den alten Kostenteiler, neue Nationalstrassenprojekte werden zu 100% vom Bund übernommen werden. Streitpunkt ist, ob noch nicht vollständig abgeschriebene Nationalstrassen des Kantons entschädigungslos ins Eigentum des Bundes übergehen. Falls sich der Bund mit seiner Auffassung gegen den erklärten Willen des Kantons durchsetzt, ist mit dem Risiko einer einmaligen Abschreibung von mindestens 500 Mio. Franken zu rechnen. Das Thema der Umsetzung NFA in diesem Bereich wird weiter verfolgt. 2) Es wurde detailliert über den Verkauf von Liegenschaften aus dem Strassenfonds informiert.

7.2.1.5 Fonds für Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen (8950)

Keine Bemerkungen.

7.2.1.6 Deponiefonds (8960)

Keine Bemerkungen.

7.2.2 Volkswirtschaftsdirektion

7.2.2.1 Amt für Verkehr (5200)

Der Bruttoaufwand steigt vor allem durch Ausgaben für den SIL-Prozess und die Kommunikation Flughafen um 863'000 Franken; gleichzeitig steigt der Ertrag durch den Übertrag aus dem Flughafenfonds für die beiden genannten Aufgaben um 1'135'000 Franken (vgl. 7.2.2.4). Die grössten Ausgaben sind mit 1'740'000 Franken für den Luftverkehr (vor allem Flughafen) und mit 1 Mio. Franken für Gesamtverkehrsprojekte (regionale Verkehrskonzepte, Verkehrsmodellierung, Gesamtverkehrsstrategie und Controlling Gesamtverkehr) budgetiert. Es wird erfreut zur Kenntnis genommen, dass nun auch für dieses Amt taugliche Wirkungsindikatoren gefunden werden konnten.

7.2.2.2 Finanzierung öffentlicher Verkehr (5210)

Allgemeine Bemerkung: In diesem Globalbudget werden die Beiträge an den Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs und an den Zürcher Verkehrsverbund im Sinne der Übersichtlichkeit zusammengezogen. Die Rückerstattung entspricht dem Saldo der letzten Beitragsabrechnung des ZVV in den Vorjahren. Hier ist nur der Anteil Kanton (die Hälfte) aufgeführt. Das Konto wird beim Amt für Verkehr geführt.

7.2.2.3 Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs (5920)

Die Kürzungen auf Grund San04 und MH06 machen rund 11,5 Mio. Franken aus. Der Fonds stabilisiert sich bei ca. 400 Mio. Franken. Nach einer positiven Entwicklung wird der Bestand ab 2009 stark zurückgehen. Der Grossteil der Finanzierungen entfällt auf die Projekte Durchgangsbahnhof, 3. Teilergänzung S-Bahn und Glattalbahn, durch diese Grossprojekte steigen die Investitionsausgaben von 2005 auf 2006 von 142 Mio. auf 205 Mio. Franken, um bis 2008 weiter anzusteigen. Auch wenn der Fondsbestand ab 2015 temporär ins Minus laufen wird, können laut ZVV alle aktuellen Projekte finanziert werden. In späteren Jahren sind in der Planung geschätzte Beiträge für die 4. Teilergänzung der S-Bahn und anstehende Tramprojekte enthalten. Gemäss KEF sollen ab 2009 die Fondseinlagen wieder auf 93,5 Mio. Franken hochgefahren werden.

7.2.2.4 Fonds für den Flughafen (5921)

Die Aufwandsteigerung von 1'135'000 Franken lässt sich auf höhere Vergütungen für Flughafenaufwendungen (v.a. SIL-Koordination und Kommunikation Flughafen) zurückführen. Die Ertragssteigerung resultiert aus gestiegenen Zinserträgen des durch den gestiegenen Börsenkurs der Unique-Aktien höheren Fondsbestands.

7.2.2.5 Zürcher Verkehrsverbund (9300)

Der Vergleich 2005 zu 2006 bringt ein Plus von rund 1,2 Mio. Franken, einem Mehraufwand von 22,95 Mio. Franken stehen 24,14 Mio. Franken Mehreinnahmen gegenüber. Der Mehraufwand erklärt sich mit erhöhten Abschreibungen u.a. als Folge von Rollmaterialbeschaffungen (+12 Mio. Franken) und gestiegenen Diesel- und Benzinpreisen (+5 Mio. Franken); auch wenn für das Personal 2006 kein Teuerungsausgleich vorgesehen ist, steigt der Personalaufwand um 0,8%. Beim Verkehrsertrag wird gegenüber dem Vorjahr mit einem Plus von über 29 Mio. Franken gerechnet (insgesamt nun 333,4 Mio. Franken). Bei der Kostenunterdeckung ergibt sich eine Verbesserung von 15 Mio. Franken, womit die Vorgaben des MH06 um 7 Mio. Franken übertroffen werden. Grund ist vor allem der gesteigerte Verkehrsertrag, nur wenige Kunden gingen

nach der moderaten Tariferhöhung verloren. Die Subkommission liess sich näher über Angebotsausbauten informieren. Zu nennen sind namentlich: Der Halbstundentakt während der Arbeitswoche bis 20.00 Uhr auf S 30 und S 35 sowie die Verlängerung der SN 3 (Nacht-S-Bahn) bis Brugg/Aarau (grösstenteils vom Kanton Aarau als Besteller bezahlt).

Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt
Die Präsidentin: Die Sekretärin:
Sabine Ziegler Dr. Franziska Gasser

8. Kommission für Planung und Bau

8.1 Allgemeines

Folgende Budgetpositionen der Baudirektion sind der KPB zugewiesen: Generalsekretariat (8000), Hochbau (8100), ARV (8300), NHS-Fonds (8910) und Denkmalpflege (8940). Die Ämter wurden von Subkommissionen besucht.

Die KPB macht folgende übergreifende Bemerkungen:

- a) Organisatorische Veränderungen in den Ämtern erschweren die Vergleichbarkeit der Zahlen und Leistungen.
- b) Beim Gebäudeunterhalt wird der «mittelfristige Unterhalt» gestrichen, man setzt auf «langfristigen Unterhalt» – die KPB nimmt das zur Kenntnis und wird sich zu gegebener Zeit mit der Unterhaltsstrategie des Hochbauamts auseinandersetzen. Problematisch ist, dass die Mittel für den Unterhalt den Nutzerdirektionen zugewiesen sind, so dass die KPB nicht zu einem globalen Überblick über den Unterhalt der kantonalen Gebäude kommt.
- c) Die KPB hat im Rahmen von San04 massgeblich bewirkt, dass die Sachverständigenkommissionen nicht abgeschafft, sondern selbsttragend reorganisiert wurden. Die neu geordnete Denkmalschutzkommission scheint gut zu funktionieren, während der Archäologiekommision weniger Aufträge erteilt worden sind. Für einen aussagekräftigen Bericht über die Wirkungen der Reorganisation und deren Kostenverrechnung ist es nach Auskunft der Baudirektion zu früh; ein Bericht wird aber im Rahmen der Rechnung 2005 erwartet.
- d) Ein Teil der KPB nahm sich der Geschlechterfrage in Bezug auf Entlohnung, Kaderpositionen und Beförderungen in einzelnen Ämtern an und möchte das Thema weiter verfolgen.

8.2 Zu den einzelnen Positionen

8.2.1 Baudirektion

8.2.1.1 Generalsekretariat (8000)

Laufende Rechnung: Der Aufwand sinkt um 8,5 Mio. Franken, einerseits infolge der MH06-Massnahmen (1,5 Mio. Franken) und andererseits entfällt die Entschuldung des NHS-Fonds (7 Mio. Franken). Der interne Ertrag verringert sich um 1,8 Mio. Franken, was vor allem auf die weitere Senkung der Informatikkosten zurückzuführen ist (1,1 Mio.). Damit verbessert sich der Saldo des Generalsekretariats um insgesamt 6,7 Mio. Franken.

Die Investitionsrechnung VA 06 entspricht derjenigen des VA05. Die Zunahme von 3,3 Stellen ist das Resultat der Neuordnung des Baubewilligungsverfahrens: 7,8 Stellen wurden von anderen Leistungsgruppen ins Generalsekretariat transferiert, gleichzeitig wurden infolge der MH06-Massnahmen an verschiedenen Orten 4,5 Stellen abgebaut.

8.2.1.2 Hochbau (8100)

Laufende Rechnung: Die Saldoverbesserung im Hochbauamt (HBA) beträgt 4,6 Mio. Franken. Der Aufwand im HBA reduziert sich auf Grund des Transfers von Archäologie und Denkmalpflege ins ARV und des geringeren Entwicklungs- und Planungsaufwandes im Zeughausareal um 2,1 Mio. Franken. Gegenüber dem VA05 fallen 9 Mio. Franken für die Planung des PJZ an. Der Ertrag verbessert sich um 2,5 Mio. Franken, da bei der Flächenbewirtschaftung eine Effizienzsteigerung und damit Mehrerträge erzielt werden können.

Investitionsrechnung: Die Ausgaben nehmen wegen des Mehrbedarfs für die Bezirksgebäude Dietikon und Meilen auf Grund von nachbarschaftlichen Rekursen und der dadurch bewirkten zeitlichen Verschiebung im Vergleich zum VA05 um 2,7 Mio. Franken zu. Für die Fassaden- und Dachsanierung des Zeughauses 1 werden 1 Mio. Franken mehr gebraucht. Verbesserungen hingegen gibt es beim Bezirksgebäude Winterthur, weil das Projekt abgeschlossen werden konnte.

Durch die MH06-Massnahmen ergeben sich Minderkosten von ca. 4,3 Mio. Franken; 40 Stellen werden in den nächsten Jahren abgebaut: Neben der Auslagerung von Archäologie und Denkmalpflege ins ARV, wird insbesondere der Reinigungsdienst an Private vergeben und auf das Auffrischen von Büromobiliar wird verzichtet. Auch bei den Planungsleistungen in den Baubereichen werden Kosten eingespart.

8.2.1.3 Raumordnung und Vermessung (8300)

Laufende Rechnung: Neu werden die Bereiche Archäologie und Denkmalpflege vom Hochbauamt ins ARV übertragen. Die Reorganisation der beiden Abteilungen soll gemäss Aussage Baudirektion eine Konzentration auf deren Kernaufgabe, den Kulturgüterschutz, bringen. Durch diese Integration und die neuen Aufgaben ergibt sich im Vergleich zum VA 05 für das Amt scheinbar eine markante Aufwandsteigerung und eine Zunahme von letztlich 43,4 Stellen. Die Zahlen zeigen ein anderes Bild, wenn man die bisherigen Bereiche des ARV für sich betrachtet: In den bisherigen ARV Bereichen sinkt der Aufwand (Personal: -5,8 Stellen durch Transfer ans GS). Da diese bisher vom ARV erbrachten Leistungen nun im GS erbracht werden, sinkt auch der Gebührenertrag. Der Saldo entspricht dem VA 05. Eingehender diskutiert wurde der mit der Massnahme MH06 830001 verbundene Abbau von Praktikumsstellen.

Bei den Investitionen zeitigt die Integration von Archäologie und Denkmalpflege keine Auswirkungen. In den neu dazugekommenen Bereichen Archäologie und Denkmalpflege fällt der Ertrag fast gleich aus wie 2005 im HBA. Der Aufwand geht leicht zurück durch die Reduktion von rund sieben Stellen. Der Saldo reduziert sich um 0,7 Mio. Franken.

8.2.1.4 Natur- und Heimatschutz (8910)

Der NHS-Fonds war Ende 2005 vollkommen entschuldet. Es werden die gesetzlich vorgeschriebenen 18 Mio. Franken in den Fonds gelegt, budgetiert sind zusätzliche 400'000 Franken budgetierte Erträge aus Vermietungen und Verpachtungen. Der VA 06 sieht eine leichte Äufnung des Kapitals (1 Mio. Franken) vor.

8.2.1.5 Aufgaben der Denkmalpflege (8940)

Keine Bemerkungen.

Kommission für Planung und Bau
Der Präsident: Die Sekretärin:
Hans Frei Dr. Franziska Gasser